



REPUBLIK ÖSTERREICH
FIRMENBUCH

FB

Jahresabschluss 31.12.2025

FN 118997x

FIRMA

Ennschafen OÖ GmbH

Für die Zuordnung im Firmenbuch ist nicht der Firmenwortlaut, sondern ausschließlich die übermittelte Firmenbuchnummer maßgeblich.

GESCHÄFTSJAHR

vom 01.01.2025 bis 31.12.2025

aufgestellt am 03.03.2026

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Einordnung: klein

VORANGEGANGENES GESCHÄFTSJAHR

vom 01.01.2024 bis 31.12.2024

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

PDF GENERIERT AM

07.04.2026

AUFGESTELLT VON

DI Dr. Werner Auer , geb. 16.02.1963

PRÜFWERT:

B047AB908B6A76E787537CCD4D255B2E744AA94
2F977BF15466206F386D3CFEF

Bestätigung der einreichenden Person

Die einreichende Person bestätigt, dass die elektronisch übermittelte Unterlage der aufgestellten Unterlage entspricht.

Hinweis zum Bestätigungsvermerk

Ein allfällig miteingereichter Bestätigungsvermerk würde sich ausschließlich auf den vom Abschlussprüfer oder Revisionsverband geprüften Jahresabschluss beziehen.

Auszug aus der Bilanz (Anlage 1)

in EUR Vorjahr in TEUR

AKTIVA	26.351.128,40	27.722
Anlagevermögen	23.951.368,34	25.089
Immaterielle Vermögensgegenstände	99.104,99	97
Sachanlagen	23.834.763,35	24.974
Finanzanlagen	17.500,00	18
Umlaufvermögen	2.303.439,27	2.564
Vorräte	0,00	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	235.504,18	226
Wertpapiere und Anteile	0,00	0
Kassenbestand, Schecks, Guthaben bei Kreditinstituten	2.067.935,09	2.339
Rechnungsabgrenzungsposten	96.320,79	69
PASSIVA	26.351.128,40	27.722
Eigenkapital (Negatives Eigenkapital)	9.714.368,80	9.308
eingefordertes Stammkapital	6.400.000,00	6.400
Stammkapital	6.400.000,00	6.400
einbezahltes Stammkapital	6.400.000,00	6.400
Kapitalrücklagen	4.556.120,00	4.556
Gewinnrücklagen	0,00	0
Bilanzgewinn (Bilanzverlust)	-1.241.751,20	-1.649
davon Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1.648.574,26	-2.071
Investitionszuschüsse	6.471.438,80	6.893
Rückstellungen	772.879,70	798
Verbindlichkeiten	8.418.716,02	9.597
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	7.417.662,18	8.254
Rechnungsabgrenzungsposten	973.725,08	1.127

Offenzulegender Anhang (Anlage 2)

1. Angabe, wenn die einmal gewählte Form der Darstellung, insbesondere der Gliederung der Bilanz, nicht beibehalten wurde (§ 223 Abs. 1 UGB):

Begründung dafür:

2. Angabe und Erläuterung, wenn Vorjahresbeträge nicht vergleichbar sind oder der Vorjahresbetrag angepasst wurde (§ 223 Abs. 2 UGB):

3. Zugehörigkeit eines Postens der Bilanz auch zu (einem) anderen Posten, falls dies zur Aufstellung eines klaren und übersichtlichen Jahresabschlusses erforderlich ist (§ 223 Abs. 5 UGB):

Im Posten Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten sind Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 2.297.516,79 (Vorjahr EUR 1.291.100,61) enthalten. Im Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind solche gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 1.000.000,09 (Vorjahr EUR 1.666.666,75) enthalten. Im Posten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind solche gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 213,77 (Vorjahr EUR 151,19) und solche gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht in Höhe von EUR 11.805,44 (Vorjahr EUR 9.636,17) enthalten. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten: Im Geschäftsjahr wurde eine Anzahlung für einen Zuschuss in Höhe von 1.034 TEUR für mehrjährige Investitionen in das Anlagevermögen sowie für laufende Aufwendungen erhalten. Die Anzahlung kann den künftigen Investitionskosten beziehungsweise Aufwendungen noch nicht eindeutig zugeordnet werden. Die Zuordnung des Zuschusses erfolgt zeitgleich mit den getätigten Investitionen sowie Aufwendungen.

4. Bei Ausweis eines "negativen Eigenkapitals": Erläuterung, ob eine Überschuldung im Sinne des Insolvenzrechts vorliegt (§ 225 Abs.1 UGB):

5. Angabe von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (§ 237 Abs 1 Z 1 UGB):

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der §§ 189 ff des Unternehmensgesetzbuchs (UGB) unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt. Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit entsprechend der gesetzlichen Regelungen eingehalten. Dem Vorsichtsprinzip wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste wurden - soweit gesetzlich geboten - berücksichtigt.

Bewertungsgrundlagen für die verschiedenen Posten:

Anlagevermögen Die erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten bewertet, die um die planmäßigen Abschreibungen vermindert sind. Die planmäßigen Abschreibungen wurden linear vorgenommen. In der Position "Grundstücke und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund" ist ein Grundwert in Höhe von EUR 979.133,98 (Vorjahr: EUR 979.133,98) enthalten. Das abnutzbare Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet, die um die planmäßigen Abschreibungen vermindert werden. Die geringwertigen Vermögensgegenstände bis zu einem Wert von EUR 1.000,00 wurden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. Vorräte Projekte wurden während ihrer Laufzeit als noch nicht abrechenbare Leistungen bewertet und ausgewiesen. Die ermittelten Herstellungskosten (direkt zurechenbare Einzelkosten bzw. auch fixe/variable Gemeinkosten) wurden bei Projekten, für die noch keine Förderabrechnungen vorliegen, um einen Sicherheitsabschlag gekürzt. Die Förderungen zu den einzelnen Projekten wurden als erhaltene Anzahlungen zu den Vorräten offen abgesetzt. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden mit dem Nennwert angesetzt. Rückstellungen Die Abfertigungsrückstellung wurde nach anerkannten finanzmathematischen Grundsätzen ermittelt. Für die Ansammlung der Gesamtverpflichtung über den Ansammlungszeitraum wurde das Teilwertverfahren angewandt. Als Rechnungszinssatz wurden 2,07 % (Vorjahr 1,83%) herangezogen, das entspricht dem Durchschnitt aus dem Zinssatz zum Abschlussstichtag und den Zinssätzen der vorangegangenen neun Abschlussstichtage mit einer unterstellten Restlaufzeit von 15 Jahren. Zukünftige Bezugserhöhungen wurden mit 2,04 % (Vorjahr 2,78%) berücksichtigt. Der Berechnung wurde ein Pensionsantrittsalter von 65 Jahren (unter Berücksichtigung der Übergangsregelung für Frauen) zugrunde gelegt. Ein Fluktuationsabschlag wurde nicht berücksichtigt. Die Jubiläumsgeldrückstellung wurde ebenfalls nach anerkannten finanzmathematischen Grundsätzen ermittelt. Für die Ansammlung der Gesamtverpflichtung über den Ansammlungszeitraum wurde das Teilwertverfahren angewandt. Als Rechnungszinssatz wurden 2,07% (Vorjahr 1,83%) herangezogen, das entspricht dem Durchschnitt aus dem Zinssatz zum Abschlussstichtag und den Zinssätzen der vorangegangenen neun Abschlussstichtage mit einer unterstellten Restlaufzeit von 15 Jahren. Zukünftige Bezugserhöhungen wurden mit 2,04% (Vorjahr 2,78%) berücksichtigt. Der Berechnung wurde ein Pensionsantrittsalter von 65 Jahren (unter Berücksichtigung der Übergangsregelung für Frauen) zugrunde gelegt. Ein Fluktuationsabschlag in Höhe von 5,0 % (Vorjahr: 5,0 %) wurde berücksichtigt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit einem Zinssatz von 1,20% (Vorjahr: 0,95%) abgezinst. Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Angabe zur Übereinstimmung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden mit dem Konzept der Unternehmensfortführung:

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

wesentliche Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden:

Begründung dafür (§ 201 Abs. 3 UGB):

Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage:

Grundlagen für die Umrechnung von Posten, die auf fremde Währung lauten in Euro:

6. Erläuterung des Zeitraums, über den der Geschäfts(Firmen)wert abgeschrieben wird (§ 203 Abs. 5 UGB):

7. Angabe, ob Zinsen für Fremdkapital im Sinn des § 203 Abs. 4 UGB aktiviert wurden:

8. Angabe, ob Verwaltungs- und Vertriebskosten im Sinn des § 206 Abs. 3 UGB aktiviert wurden:

Begründung dafür:

Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage:

Betrag, der insgesamt über die Herstellungskosten hinausgeht:

9. Gesamtbetrag der Haftungsverhältnisse und sonstiger wesentlicher finanzieller Verpflichtungen, die nicht auf der Passivseite auszuweisen sind (§237 Abs 1 Z 2 UGB):

davon Pensionsverpflichtungen:

davon Verpflichtungen gegenüber verbundenen oder assoziierten Unternehmen:

Art und Form jeder gewährten dinglichen Sicherheit:

10. Vorschüsse, Kredite und eingegangene Haftungsverhältnisse (§ 237 Abs. 1 Z 3 UGB) an bzw. für

a) Geschäftsführer/innen

Betrag der Vorschüsse/Kredite:

Zinsen dafür:

wesentliche Bedingungen:

im Geschäftsjahr zurückgezahlte/erlassene Beträge:

zugunsten der Geschäftsführer/innen eingegangene Haftungsverhältnisse:

b) Aufsichtsratsmitglieder

Betrag der Vorschüsse/Kredite:

Zinsen dafür:

wesentliche Bedingungen:

im Geschäftsjahr zurückgezahlt/erlassene Beträge:

zugunsten der Aufsichtsratsmitglieder eingegangene Haftungsverhältnisse:

11. Betrag und Wesensart der einzelnen Ertrags- oder Aufwandsposten von außerordentlicher Größenordnung oder von außerordentlicher Bedeutung (§237 Abs. 1 Z 4 UGB):

12. Jeweils zusammengefaßt für alle Posten der Verbindlichkeiten (§ 237 Abs. 1 Z 5 UGB):

Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren:

4.207.762,18

Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten, für die dingliche Sicherheiten bestellt sind:

0,00

Art und Form dieser Sicherheiten:

13. Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen während des Geschäftsjahrs (§ 237 Abs. 1 Z 6 UGB):

6

14. Name und Sitz des Mutterunternehmens der Gesellschaft, das den Konzernabschluss für den kleinsten Kreis von Unternehmen aufstellt, (§ 237 Abs. 1 Z 7 UGB):

Name des Mutterunternehmens der Gesellschaft:

Die Gesellschaft gehört als verbundenes Unternehmen gem. § 244 UGB zum Konsolidierungskreis der OÖ Landesholding GmbH, 4021 Linz, Landhausplatz 1. (FN 266251 x, Landesgericht Linz)

Sitzland des Mutterunternehmens der Gesellschaft:

Linz

inländisches Mutterunternehmen:

inländische Firmenbuchnummer des Mutterunternehmens der Gesellschaft:

266251x

inländischer Sitz des Mutterunternehmens der Gesellschaft:

Linz

ausländisches Mutterunternehmen:

Ausländische Registernummer des Mutterunternehmens der Gesellschaft:

ausländischer Sitz des Mutterunternehmens der Gesellschaft:

Legal Entity Identifier (LEI) des Mutterunternehmens der Gesellschaft:

15. Darstellung der Entwicklung der Posten des Anlagevermögens (Anlagenspiegel, § 226 Abs. 1 UGB):

als Beilage angeschlossen

16. Falls aktive latente Steuern gebildet werden:

unverrechnete Belastungen (§ 198 Abs. 9 UGB):

unverrechnete Entlastungen (§ 198 Abs. 9 UGB):

17. Zusätzlich erforderliche Angaben zur Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage des Unternehmens (§§ 222 Abs. 2 und 236 erster Satz UGB; zu den zur Darstellung des Eigenkapitals bei einer Personengesellschaft im Sinn des § 189 Abs. 1 Z 2 UGB notwendigen Angaben siehe Punkt 18):

Steuerliche Unternehmensgruppe Seit 1.1.2007 ist die Gesellschaft Gruppenmitglied einer Gruppe iSd § 9 KStG. Gruppenträger ist die OÖ Landesholding GmbH (FN 266251 x). Der Gruppenvertrag wurde am 26.9.2005

abgeschlossen. Für die Berechnung der Steuerumlagen wurde vereinbart: Positive Steuerumlagen werden mit dem jeweils geltenden Körperschaftsteuersatz vom positiven Einkommen (nach Abzug eines etwaigen "internen Verlustvortrages") berechnet. Negative Steuerumlagen sind nicht zu entrichten. Negative Ergebnisse können mit 97 % des Steueranteils des negativen Einkommens endgültig übernommen werden.

18. Zur Darstellung des Eigenkapitals erforderliche Informationen für Personengesellschaften im Sinne des § 189 Abs. 1 Z 2 UGB:

ob es eine/n reine/n Arbeitsgesellschafter/in gibt und die damit verbundenen Vereinbarungen hinsichtlich der Teilnahme am Ergebnis sowie Abgeltung:

die Haftsumme der Kommanditisten/innen, wenn sie nicht mit der bedungenen Einlage übereinstimmt:

ein im Posten V. der Gliederung ausgewiesener Verlust und dessen Aufteilung auf die einzelnen Gesellschafter/innen:

Anlagenpiegel

Teil 1

Anschaffungs- und Herstellungskosten

in EUR

	Stand 1.1.25	Zugänge	davon aktivierte Zinsen für		Abgänge	Zugänge/Abgänge durch Umgründung	Stand 31.12.25
			Fremdkapital	Umbuchungen			
Anlagevermögen	58.846.852,87	419.332,17	0,00	0,00	32.268,71	0,00	59.233.916,33
Immaterielle Vermögensgegenstände	154.239,51	24.479,50	0,00	0,00	0,00	0,00	178.719,01
Sachanlagen	58.675.113,36	394.852,67	0,00	0,00	32.268,71	0,00	59.037.697,32
Finanzanlagen	17.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17.500,00

Anlagenspiegel

Teil 2

Kumulierte Wertberichtigungen (Abschreibungen)

in EUR

	Kumulierte Wertberichtigungen 1.1.25	laufende Abschreibungen	laufende Zuschreibungen	Wertberichtigungen auf Zugänge
Anlagevermögen	33.757.859,23	1.556.956,70	0,00	0,00
Immaterielle Vermögensgegenstände	56.885,68	22.728,34	0,00	0,00
Sachanlagen	33.700.973,55	1.534.228,36	0,00	0,00
Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00

Anlagenspiegel

Teil 3

Kumulierte Wertberichtigungen (Abschreibungen)

in EUR

	Wertberichtigungen auf Umbuchungen	Wertberichtigungen auf Abgänge	Zugänge/Abgänge durch Umgründung	Kumulierte Wertberichtigungen 31.12.25
Anlagevermögen	0,00	32.267,94	0,00	35.282.547,99
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	79.614,02
Sachanlagen	0,00	32.267,94	0,00	35.202.933,97
Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00

Anlagenspiegel

Teil 4

Nettobuchwerte

in EUR

	Buchwert 1.1.25	Buchwert 31.12.25
Anlagevermögen	25.088.993,64	23.951.368,34
Immaterielle Vermögensgegenstände	97.353,83	99.104,99
Sachanlagen	24.974.139,81	23.834.763,35
Finanzanlagen	17.500,00	17.500,00